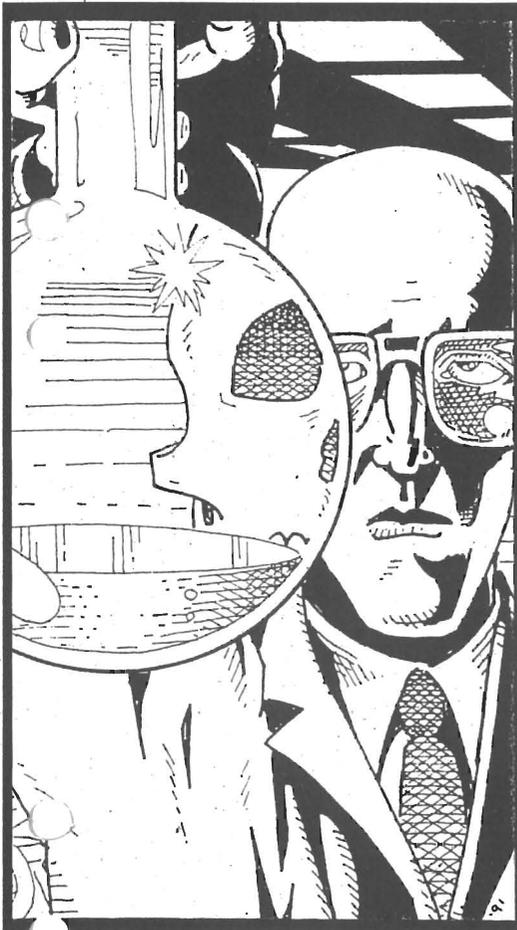


STICH

10. Jahrg.

3/92

August 1992



4

BAYER-Abstauber

Medikamente aus dem Staubsauger

8

BAYER-Biowaffen?

US-AktivistInnen gegen Expansion

9

BAYER in Südafrika

Strafanzeige gegen den Konzern

16

BAYER-Holzgifte

Großer Prozeß in Frankfurt

WORT...

Die anderen Informationen

BAYER Macht Kasse

BERICHTE ÜBER
DIE GESCHÄFTE DES
BAYER-KONZERNES
Koordination gegen BAYER-Gefahren (1992)



BAYER Macht Kasse ist
Gift für BAYER- und Nah-
rung für alle, die sich gegen skru-
pellose Geschäftemacher zur
Wehrsetzen.

BAYER Macht Kasse

BAYER Macht Kasse liefert
unentbehrliche Informationen
für GewerkschafterInnen,
ÄrztInnen, TierversuchgegnerInnen,
Dritte-Welt-Engagierte, Umwelt-
schützerInnen, BAYER-Beschäf-
tigte und -AnwohnerInnen,
PolitikerInnen, Betriebsräte,
AktionärInnen...

Goupons ausfüllen und senden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren

Coupon

- Exemplar(e) BAYER Macht Kasse für 24,80 DM
 - 5 Expl. für nur 110,- DM (14,- DM gespart)
 - 10 Expl. für nur 210,- DM (58,- DM gespart)
 - 20 Expl. für nur 400,- DM (90,- DM gespart)
 - Stichwort BAYER (kritische Infos zum BAYER-Multi), kostenlos zzgl. 5,- DM für Porto und Verpackung
- Lieferung nur gegen Vorkasse. Bitte Scheck beifügen. Alle Preise enthalten 7% MwSt.

Name, Vorname

Strasse, Tel.-Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ech/wir besitzen
— BAYER-Aktien und haben Interesse
die Stimmrechte den "Kritischen
BAYER-Aktionären" zu übertragen.

STICHWORT... INHALT

PHARMA

● Das Geschäft mit dem Hausstaub. Allergie-Mittel für Todesfälle verantwortlich? Ein Betroffener setzt sich zur Wehr.

SEITE 4 - 6

USA

● US-AktivistInnen gegen Gen- und Biotechnik-Zentrum in Berkeley. Produziert BAYER Bio-Waffen für das Pentagon?

SEITE 8 - 9

SÜDAFRIKA

● CHROME CHEMICALS für Gesundheitsschäden verantwortlich. Strafanzeige gegen BAYER. Spendenaufruf der COORDINATION.

SEITE 9

SCHLAGLICHTER

● Meldungen zum BAYER-Konzern

SEITE 12 - 15

STICHWORT... IMPRESSUM

STICHWORT... - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern. 10. Jahrgang, Ausgabe 3/92, Juli 1992

Postvertriebsstück F 10848 F
Herausgeber: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG), Aktiv für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit, Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf 1
CBG ist ein internationales Selbsthilfenetzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen.

Je ein Exemplar von **STICHWORT...** wird dem Vorstand des BAYER-Konzerns, Kaiser-Wilhelm-Allee, 5090 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleistung zu bitten, zu bestimmen, in **STICHWORT...** behandelten Themen, Stellung zu beziehen.
Redaktion: Hubert Ostendorf (ho) (v.i.S.d.P.), Ellen Frings (ef), Uwe Friedrich (uf), Axel Köhler-Schnura (aks), Henry Mathews (hm), Mark Pletzer (mp), Ruth Sauerwein (rs); alle: c/o CBG, Vondelstr. 36, 5000 Köln 1,



Weltwirtschaftsgipfel in München: Es regierte der Polizeiknüppel. Das Foto zeigt Jutta Dittfurth bei der Anerkennungsdienstlichen Behandlung

HOLZGIFTE

● Manager von DESO-WAG vor Gericht in Frankfurt. Holzgiftgeschädigte klagen an. BAYER stiehlt sich aus der Verantwortung.

SEITE 16 - 19

Berichtigung

In SWB 2/92 ist uns bedauerlicherweise ein Fehler unterlaufen. Auf S. 14 berichten wir davon, daß der Wuppertaler Betriebsrat den Kritiker Herbert Janke loswerden will. Richtig ist: Der Leverkusener Betriebsrat ist Janke lästig. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

NEUE ADRESSE!

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V.
Vondelstr. 36
5000 Köln 1
Telefon: 0221/318077

Telefon und Fax: 0221/318077

Bankverbindungen:

Ökobank Frankfurt, Konto-Nr.

17 96 12, BLZ 500 90 100;

Postgiroamt Essen, Konto-Nr.

378383 - 439, BLZ 380 100 43

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Setz und Layout: CBG

Druck: Die GRÜNEN, Bonn

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1992 (1/1 S. DM 1.000,-;

1/2 S. DM 600,-; 1/3 S. = Spalte DM 350,- zzgl. MwSt.)

Erscheinungsweise: **STICHWORT...**

erscheint in mindestens 6 Ausgaben pro Jahr.

Bezugspreise: Einzelheft DM 8,-;

Jahresabonnement DM 48,- (ermäßigt DM 30,-); Mitglieder der CBG erhalten

STICHWORT... im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

Nachdruck: Der Nachdruck von Artikeln aus **STICHWORT...** ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden.

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift **STICHWORT...** bleibt so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der

Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht

persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nicht-Aushändigung unverzüglich zurückzusenden.

● **Heftung:** Namentlich oder als Dokument gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge haften die AutorInnen.

● Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen.

Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in **STICHWORT...** ohne gesonderten Hinweis genannt.

Hieraus ist nicht auf die freie

Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

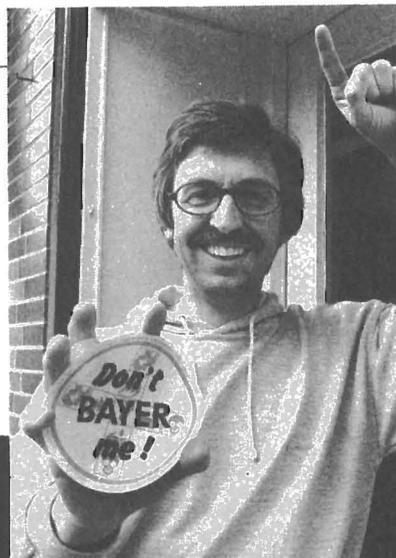
BAYER

Zur Aufnahme in den portosparenden Postzeitungsdienst hat die Deutsche Bundespost auferlegt, den Firmennamen BAYER aus dem Titelnamen dieser Zeitschrift zu streichen. Trotzdem enthält **STICHWORT...** die gleichen Informationen, wie früher **STICHWORT BAYER**.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Hoffnungen der Menschheit richteten sich auf Rio. Die Erwartung, daß der Umweltgipfel in Brasilien eine ökologische Wende einleiten könnte, war von vorneherein nur vage. Doch angesichts der fatalen ökologischen Situation, griff die Menschheit nach dem Strohalm und wiegte sich für einige Wochen in der Hoffnung, daß Vernunft über Profit siegen, daß die größte Konferenz in der Geschichte der Menschheit Eigendynamik entwickeln und doch noch Lösungen für den geschundenen Planeten hervorbringen könnte.

Es ist Gewißheit geworden: Es blieb alles nur ein Wunsch. Ein einziger Staatschef, Fidel Castro, fand passende Worte. Er blieb einsamer Mahner. Der Rest der Weltbosse verstand es (wieder einmal), geschickt und wortreich alles beim Alten zu belassen. Business as usual. Nicht zuletzt dank einer angesichts dieser Entwicklungen nur blauäugig zu nennenden Umweltschutzbewegung. Riskiert Greenpeace bei eindrucksvollen Aktionen in aller Welt das Leben seiner AktivistInnen, ziehen in zig Staaten der Erde Millionen von Menschen im Protest vor die Parlamente, so hat die internationale Umweltschutzbewegung die größte Versammlung von Staats- und Regierungschefs,



Axel Köhler-Schnura ist Mitglied im Vorstand der CBG

die es je gab, mit nichts anderem zu konfrontieren gewußt, als mit der Rangelei um Pfründe. Jeder sogenannte Umweltschützer wollte »dabei sein« im Rampenlicht der Mächtigen. Der Kampf um die begehrten Tickets nach Rio war beschämend!!

Dabei hätte Rio die einmalige Chance geboten, die spektakulärsten Aktionen der Menschheitsgeschichte zu starten. Ökologie- und Dritte-Welt-Bewegung hätten ein eindrucksvolles Bündnis mit den politischen Oppositionen in aller Welt schmieden und machtvoll die HERRschafts-Clique und die dezent im Hintergrund gebliebene multinationale Konzern- und Bankenmacht mit einem Programm zur Rettung des Planeten konfrontieren können. Mensch hätte die größte Versammlung verantwortlicher Staats und Regie-

rungschefs, sowie ihr Heerlager von zigtausenden Lakaien umzingeln und belagern können. Ja, es hätte schon gelangt, sie mit ihrem eigenen in Rio produzierten Müllberg zu konfrontieren...

Was die HERRschenden dieser Welt tatsächlich von Umweltschutz halten, schimmerte in Rio bereits durch. Einige Wochen später, beim Weltwirtschaftsgipfel in München, wurde es endgültig klar: Nichts, denn es schmälert die Profite!

Beim »Gipfel« in München war es aus mit brasilianischem Sonnenschein, dort wurde »bairisch zugelangt« (als Bayer verwahre ich mich gegen diese verbale Zumutung!). In München regierte der Polizeiknüppel. Im Gegensatz zu Rio war bereits im Vorfeld klar, daß es zu starken Demonstrationen gegen die internationale politische Linie, gegen Umweltverschmutzung und Ausbeutung, gegen Profit und Kapital kommen würde. Entsprechend rigoros fiel die Antwort aus: Militarisierte Polizeieinheiten fielen ohne jeden Anlass brutal über die DemonstrantInnen her. (siehe: Foto auf S. 2)

Einer der meist skandierten Rufe in München entlarvte die Polizei-Einsätze als das, was sie waren: »Für die Bosse steht ihr da, Marionetten ha,ha, ha!« Was stets gezückte Knüppel zur Antwort hatte...

Axel Köhler-Schnura

BAYER

UNCED: Wer Konflikte austrug, war ein Schwein

STICHWORT BAYER-Korrespondent war in Rio dabei

Ein Mitglied der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat den Gipfel von Rio (3. - 14. Juni) besucht. Da er derzeit noch immer in lateinamerikanischen Ländern in Sachen BAYER unterwegs ist, möchte er gerne bis zu seiner Rückkehr anonym bleiben. STICHWORT BAYER dokumentiert seinen exklusiven Erfahrungsbericht.

Das Global-Forum war gekennzeichnet durch ein geradezu unausstehliches Maß an Toleranz und dem zwanghaften Willen zur Gemeinsamkeit. Interessenskonflikte und Meinungsverschiedenheiten wurden soweit wie möglich nicht ausgetragen. Wer Konflikte austrug, war von vornherein das Schwein. Selbst die reaktionärsten Stände von irgendwelchen Multis und Familienplanungsinstituten blieben unbehelligt. Dabei war es keineswegs so, daß es keine Leute gegeben hätte, die kämpferische Positionen vertreten hätten. Aber: Die unterschiedlichsten Positionen sind einfach unausgetragen neben-

einander stehen geblieben. So hat zum Beispiel eine Frau von einer US-Vereinigung gegen ökologischen Rassismus auf einer Podiumsdiskussion dargelegt, daß in den USA in erster Linie die nicht-weiße Bevölkerung Opfer der Umweltverschmutzung ist. Die Art, wie die Umweltrisiken in der Bevölkerung verteilt seien, stelle eine neue Form des Rassismus dar. Die Frau wurde in ihrem Vortrag mehrmals durch heftigen Applaus unterbrochen. Wenig später äußerte ein Mitglied der neuseeländischen Regierungsdelegation unwidersprochen, die reichen Länder hätten ein Recht, die Bevölkerungspolitik der armen Länder mitzubestimmen. Schließlich leisteten die Reichen den Armen ja Hilfe. Diese Anmaßung ist einfach so im Raum stehen geblieben.

Eines der Gipfel-Motive - Let Us Save The Planet - beruht auf einer kompletten Verdrehung der Tatsachen. Geht es doch zuerst nicht darum, den Planeten zu retten, sondern darum, zu verhindern, daß er weiter zerstört wird. Das ist nur scheinbar fast dasselbe. Der

Kampf gegen die Zerstörung des Planeten ist nämlich auch der Kampf gegen diejenigen, die seine Zerstörung betreiben. Die Rede von der Rettung des Planeten unterstellt ja einen geradezu selbständig verlaufenden Zerstörungsprozeß.

Es hat einige wenige Gruppen gegeben, die sich mit Transnationalen Unternehmen beschäftigt hatten, nicht zuletzt GREENPEACE. Ich selbst habe einige Kontakte geknüpft, u. a. zu zwei Gruppen in Malaysia und Indien, die beide zu BAYER arbeiten.

GREENPEACE hat eine Broschüre herausgegeben, die anhand von sieben Fallstudien belegt, daß das Gerede der Konzerne, die massiv auf dem Gipfel vertreten waren, nichts anderes als Schönfärberei, GREENWASH genannt, ist. Beim BAYER-Standort in Belford Roxo (Brasilien) gab es einen Unfall (siehe S. 13 in diesem Heft), zu dem ich bereits berichtet habe. BAYER hat hier übrigens die größte Müllverbrennungsanlage im Staate Rio und es ist wohl nicht die einzige in der sog. Dritten Welt.

Asche zu Asche, Staub zu Geld

Medikamente aus dem Staubsaugerbeutel

Scherste Krankheitsanzeichen und Todesfälle. Dies scheint die Kehrseite des BAYER-Mittels ALLPYRAL, das den Namen Medikament nicht verdient. Dreck und Müll aus alten Staubsaugerbeuteln, zu Pulver fein zermahlen und in Fläschchen abgefüllt, wird mit Wasser verdünnt, den Opfern in ihre Körper gespritzt, um sie derart gegen Hausstaub zu hypersensibilisieren. Ein haarsträubendes Verfahren, gegen das eine betroffene Familie nun Klage gegen BAYER eingereicht hat.

Capoeira - ein brasilianischer Tanz gegen Umweltverschmutzung und Ausbeutung. Die Tänzer sind als ungebetene Gäste nach Köln gekommen, wo BAYER einmal im Jahr seine Aktionärshauptversammlung abhält (SWB 2/92 berichtete ausführlich). Sie protestieren vor den Toren der Messehallen gegen die Geschäftspraktiken des multinationalen Konzerns. Im Innern des gigantischen Baus meldet sich im Auftrag eines Kleinaktionärs der Hamburger Rechtsanwalt Dr. Jürgen

Schacht zu Wort. Er präsentiert den 22 Tausend Couponschneidern einen vollen Staubsaugerbeutel. Hieraus stellt BAYER ein Medikament her, behauptet er. Ein Medikament gegen Allergien, das Menschen erst richtig krank mache. Schacht wörtlich: «Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt bereits seit 1974 die Hyposensibilisierung gegen Hausstaub zu unterlassen. Es hat dadurch bereits 22 Todesfälle gegeben. Aber der BAYER-Konzern möchte offensichtlich daran festhalten.» Der scheidende Vorstandsvorsitzende Hermann Josef Strenger nimmt in der Versammlung Stellung zu den Vorwürfen: «Sie prangeren unser ALLPYRAL an. Ich halte es für absurd, wenn uns unterstellt wird, daß wir mit unseren Medikamenten Krankheiten hervorrufen wollen. Diese Extrakte wurden vom renommierten Paul-Ehrlich-Institut, das dafür in der Bundesrepublik zuständig ist, zugelassen. 22 Todesfälle sind uns nicht bekannt und nicht gemeldet worden. Wir sind der Meinung, daß diese Mittel für Allergiekranke nützlich sind und

sehen keinen Grund, diese Stoffe nicht mehr herzustellen oder zu vertreiben.»

ALLPYRAL ist ein Produkt der US-BAYER-Tochter CUTTER/MILES. Es enthält neben Hausstaub aus Staubsaugerbeuteln zusätzlich eine Anreicherung mit Milben. Der Kot von Milben macht in Deutschland etwa einer Million Allergikern zu schaffen. Tränende Augen, Atemnot, Asthma. Durch die Impfkur mit Allergenen sollen die Patienten immun gemacht werden gegen Stoffe, die sie nicht vertragen. Bis zu 40 mal wird ihnen eine verdünnte Lösung des Allergie-Erregers unter die Haut gespritzt. Dieser Eingriff in das Immunsystem ist nicht ungefährlich. Prof. Günther Forck vom Ärzteverband Deutscher Allergologen: «Es wird ja bei der Hypo-sensibilisierung etwas injiziert, von dem man genau weiß, daß der Organismus das eigentlich nicht verträgt. Die Kunst der Hypo-sensibilisierung besteht darin, mit Dosen zu arbeiten, die individuell für den Patienten verträglich sind und ihn dann durch langsame Steigerung der Dosen un-

empfindlich zu machen gegenüber diesen Substanzen, die er primär nicht vertragen kann.»

Daß eine solche Behandlung auch ganz andere Folgen haben kann, davon ist das Ehepaar Lenz überzeugt. Ihr Sohn Volker wurde als Kind jahrelang mit ALLPYRAL hyposensibilisiert. Heute ist er schwerer Allergiker. Rechtsanwalt Schacht vertritt seine For-

wickelte schwere Symptome. Er hatte tränende Augen, eine laufende Nase. Mit fortschreitender Behandlung bekam er sogar Fieberschübe und Asthma-Husten. Der Arzt hatte uns dennoch geraten, mit der Behandlung fortzufahren.» «Irgendwann haben wir uns dann gesagt: So geht das nicht weiter. Wir müssen mal Recherchen anstellen oder einen anderen Arzt fragen, fügt Volkers Vater hin-

Extraktion gemischt.» Chemische Analysen sprechen eine deutlichere Sprache. Sie weisen Milben, Tierhaare, Essensreste, Schimmelpilze und Rußartikel nach, die Volker Lenz in den Körper gespritzt worden sind und vermutlich schwere Folgen gezeitigt haben. Seine Mutter: «Wir haben ihn testen lassen und erfahren, daß er gegen über 30 Allergene allergisch reagierte, darunter Tierepithelien, Milben, Pollen usw..» Als sie dann aus der Literatur herausfanden, was alles im Hausstaub enthalten sein kann, erhärtete sich der Verdacht, daß das gesamte Allergiebild von Volker sich damit deckt.



Frau Lenz beklagt das Schicksal ihres Sohnes, der gesundheitlich schwer geschädigt worden ist.

Foto: Hubert Ostendorf

derungen nach Schadenersatz und hat Strafantrag gegen den BAYER-Konzern gestellt.

Als Volker noch klein war, machte ihm der Kontakt mit Tierhaaren, Gräser- oder Getreidepollen nichts aus. Wegen angeblicher Hausstaub-Allergie wurde er mit ALLPYRAL behandelt. Seine Mutter erinnert sich: «Volker ent-

zu. Bei ihren Recherchen stieß Familie Lenz auf TROPON, eine BAYER-Tochter. Von hier aus wurde ALLPYRAL in Deutschland vertrieben. Als das Ehepaar wissen will, welche Inhaltsstoffe ALLPYRAL enthält, schickt TROPON im Juni 1990 folgende Antwort: «Wie bereits mitgeteilt, werden Hausstaub-Allergen-Extrakte aus den Inhalten von Staubsaugerbeuteln hergestellt. ... Um eine relative Gleichförmigkeit des Ausgangsmaterials Hausstaub zu erreichen, werden die Stäube verschiedener Herkunft vor der

Das Paul-Ehrlich-Institut in Langen berichtet über insgesamt 22 Todesfälle nach Hyposensibilisierung. Die meisten davon betreffen Hausstaub-Allergiker. Das Institut klagt über große Lücken im Arzneimittelrecht. «Präparate, ... die bei der Chargenprüfung den staatlichen Anforderungen nicht genügen» würden, könnten «ohne weiteres als Therapielösung nach individueller Rezeptur verwendet werden». Das Paul-Ehrlich-Institut ist die Bundesbehörde für die Prüfung und Zulassung der Allergene wie für die Meldung von Nebenwirkungen und Todesfällen. Einer Aussage des ehemaligen Leiters der Allergenabteilung, Prof. Ger-

hard Siefert, zufolge, muß BAYER von den Todesfällen durch ALLPYRAL gewußt haben: «Der Hersteller ist verpflichtet, eigene Kontrollen durchzuführen, und er kann aufgrund dieser Kontrollen erkennen, welche Präparate bei uns, der offiziellen Bundesbehörde durchfallen würden. ... Wenn was passiert, muß es (vom Hersteller und vom Arzt) gemeldet werden. Der Hauptgrund, weshalb Todesfälle bekannt wurden, liegt darin, daß gerichtsanhängige Verfahren bestanden haben.» Dennoch antwortete Strenger auf die Anklage des Anwaltes Schacht auf der erwähnten Hauptversammlung: «22 Todesfälle sind uns nicht bekannt.»

Ein Fall jedoch ist mindestens bekannt geworden. Prof. Siefert: «Es handelt sich um einen türkischen Jungen. Zwischen Arzt und Mutter bestanden erhebliche Sprachschwierigkeiten, sodaß in der Praxis übersehen worden ist, daß es dem Jungen schlecht ging. Er kam in ein Schockgeschehen. Er ist an einem anaphylaktischen Schock verstorben.»

Der neue Leiter des Institutes, Prof Dieter Haustein, verweist auf § 4 des Arzneimittelgesetzes, der definiert, was Fertigarzneimittel sind. Sie müssen im voraus hergestellt werden und in einer Verpackung an

den Verbraucher weitergegeben werden. Da ALLPYRAL aber nicht standardisierungsfähige Substanzen enthält, ist unklar, ob es überhaupt als Fertigarzneimittel im Sinne des Gesetzes zugelassen werden darf. Prof. Haustein erklärt, daß in den Fällen, in denen der Hersteller auf das Risiko des anaphylaktischen Schocks, der nicht selten tödlich verläuft, hingewiesen hat, eine weitere Verfolgung des Zwischenfalles durch sein Institut im Grunde nicht erfolgt. Die Bundesbehörde beschränkt sich also darauf, Beipackzettel zu lesen.

Welche Verantwortung aber übernimmt BAYER selbst für die Sicherheit seiner Allergene? Auf diese Frage verweigert die Leverkusener Konzernleitung die Antwort mit der schlichten Begründung, es gäbe ein laufendes Gerichtsverfahren. Ein ehemals leitender Angestellter von BAYER aber ist bereit, bei Wahrung der Anonymität, auszusagen. Er berichtet, daß BAYER 1976 die US-Firma CUTTER und damit deren Allergen-Produktion kaufte. Schriftlich teilt er mit: «Es gab im BAYER-Konzern damals keine wissenschaftlichen Aktivitäten auf diesem Gebiet. Der Kenntnisstand war praktisch zu vernachlässigen. Es waren keine analytischen Methoden bekannt. Es handelte sich bei vermuteten Wirkungsweisen um

rein empirische Annahmen.» Die deutsche Vertriebsfirma TROPON machte 1986 noch in ihrem Allergen-Katalog Werbung



ALLPYRAL, der Stoff, aus dem die Krankheit kommt?

Foto: Hubert Ostendorf

damit, daß die Hausstaub-Präparate zu den am häufigsten verkauften Allergenen gehörten. Gewarnt aber wurde vor dieser Behandlung in der Fachliteratur schon seit Mitte der siebziger Jahre. Deshalb hat die Hamburger SCHERAX ihre Hausstaub-Präparate aus dem Verkehr gezogen. Andere Firmen, wie ALLERGOPHARMA und HAL, konnten sich zu diesem Schritt nicht entschließen. Die BAYER-Tochter TROPON verkaufte 1990 ihren Marktanteil an die Firma BE-ECHAM-BENCARD in Neuss. Diese Firma vertreibt die Allergie-Mittel bis heute. Im Falle des Holzgift-Prozesses ist BAYER genauso verfahren. Als die öffentlichen Klagen über Gesundheitsschäden nicht mehr zu verharmlosen waren, verkaufte BAYER die Tochter DESOWAG an die DEUTSCHE SOLVAY. ho

Gegen Expansion in USA

US-AktivistInnen befürchten Bio-Waffen-Produktion

Umweltverseuchung und grausame Tierversuche, dies sind die Vorwürfe US-amerikanischer AktivistInnen gegen die dortige BAYER-Tochter MILES/CUTTER. Viel schlimmer noch der begründete Verdacht, das Unternehmen stelle biologische Waffen im großen Stil her. Im kalifornischen Berkeley entsteht ein Mega-Zentrum für Bio- und Gentechnologie, das seinesgleichen auf der Welt sucht. Die mit der Expansion der bereits vorhandenen Niederlassung verbundene Gefahr der Freisetzung geklonter Organismen wird von BAYER-Managern schlichtweg bagatellisiert.

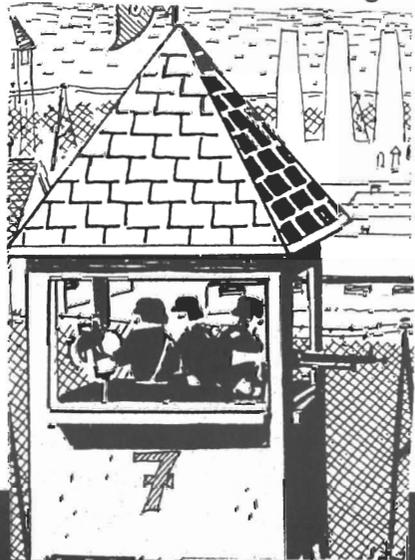
Während Berater, Wissenschaftler und Angestellte von MILES/CUTTER das 300 Millionen-Dollar-Projekt überschwänglich befürworteten, sind KritikerInnen der Meinung, das Unternehmen gefährde die Umwelt. Dies insbesondere durch die Entwicklung von Seuchebakterien. MILES hat einen Vertrag mit dem Pentagon über die jährliche Lieferung von 2,6 Millionen Einheiten Pest- und weiterer nicht bekannter Mengen anderer Impfstoffe, deren Einsatz auch für den Golfkrieg vorgesehen waren. Hierüber

wurde so lange beharrlich Stillschweigen bewahrt, bis einige Arbeiter sich infiziert hatten. Ein Sprecher der örtlichen Bürgerbewegung COPE (Citizens Opposing Polluted Environment) sieht sich aufgrund der Geheimniskrämerei in seinem Verdacht bestätigt, daß in Berkeley biologische Waffen hergestellt werden. Er nennt den BAYER-Standort schlicht ein Kriegslabor, das im Falle eines Unfalles die gesamte Gegend verseuchen könne. Da gäbe es keine Chance, zu entrinnen. Eine weitere Sprecherin teilt mit, die BAYER-Niederlassung in Berkeley habe radioaktive Abfälle in die Kanalisation eingeleitet.

Leidtragende der bio- und gentechnologischen Produktion sind nicht zuletzt die Labortiere. Sie würden unzähligen, grausamen Versuchen ausgesetzt, über deren Ausmaß sich CUTTER/MILES beharrlich ausschweigt, heißt es.

Der Multi BAYER (Gesamtumsatz in USA: 8,8 Mrd. DM), der sich mit Beginn der Jahrhundertwende bereits in Berkeley eingemischt hat, ist der zweitgrößte Arbeitgeber der Stadt. Er zahlt jährlich immerhin 600.000 Dollar an Steuern. 1990 legte

MILES/CUTTER seinen Expansionsplan vor, der von Anfang an rücksichtslos durchgesetzt worden ist. Unverhohlen drohte man damit, im Falle einer Genehmigungssperre durch die Stadt, den Standort mit fast 700 Arbeitsplätzen gänzlich zu verlassen. Als das Gentechnikschutzge-



MILES hinter Stacheldraht, von Wachen umgeben. So sieht ein US-Zeichner das Firmen-Image.

setz in der Bundesrepublik allzu lange auf sich warten ließ, kündigte BAYER umgekehrt seine Abwanderung in die USA an, wo die Vorschriften angeblich viel lockerer sein sollten.

Bob Modersbach, ein Anwalt von MILES/CUTTER, sagte, die Expansion würde der Firma helfen, ein weltweit führender Hersteller von Faktors VIII zu werden. Aufgrund der Ver-

**STICHWORT...
USA**

seuchung des derzeit noch aus menschlichem Blut gewonnenen Blutgerinnungspräparates mit AIDS-Viren war BAYER international in Verruf geraten.

Die US-Tochter hatte wissentlich kontaminierte Chargen verkauft und so den Tod hunderter von Menschen verursacht (SICHWORT BAYER berichtete mehrfach).

CUTTER / MILES hat

sich bereit erklärt, für die notwendige Infrastruktur in Berkeley selbst zu sorgen. Deshalb sollen die biotechnische Ausbildung an öffentlichen Schulen, sowie Straßenbaumaßnahmen finanziert werden.

Die Stadt Berkeley hat den Expansionplan trotz aller Widerstände genehmigt, weil er angeblich etwa 550 neue Jobs und 2 Millionen Dollar Steuermehreinnahmen verspricht.

Nicht nur UmweltschützerInnen, auch naheliegende Unternehmen beschwerten unterdessen sich über die Expansion. Bestimmungen über die städtische Begrenzung der Gebäudehöhe würden verletzt, Parkraum für die eigenen Kunden durch CUTTER/MILES vernichtet. Die BAYER-Tochter habe nicht nur den Süd-Afrika-Boycott gebrochen, sondern bedrohe auch die wirtschaftliche Existenz ihrer Firmen. **ho**

**STICHWORT...
SÜDAFRIKA**

Strafanzeige gegen BAYER

Anzeige wegen schwerer Gesundheitsschäden und Todesfällen

Die COORDINATION und medico international werden Anzeige gegen die noch zu ermittelnden verantwortlichen Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter von BAYER bei der Staatsanwaltschaft in Köln stellen. Sie sollen so der Anonymität entrissen und persönlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Die bei der südafrikanischen 100 %igen Tochter CHROME CHEMICALS herrschenden katastrophalen Zustände geben Anlaß zu dem Verdacht, die bei BAY-

ER Verantwortlichen haben sich u. a. der fahrlässigen Tötung, der gefährlichen Körperverletzung sowie der Körperverletzung mit Todesfolge schuldig gemacht. Wie berichtet, leiden die südafrikanischen Arbeiter bei CHROME CHEMICALS unter arbeitsbedingten Perforationen der Nasenscheidewand sowie an Lungenkrebs. Einige sind bereits gestorben. Auch wenn die Opfer keine deutschen Staatsbürger sind, halten COORDINATION und medico international die deutschen Strafverfolgungsbehörden für verpflichtet, darüber zu wachen, daß Mitglieder eines Weltkonzerns wie der BAYER AG nicht konse-

quentenlos über Jahre hinweg die rassistische Politik in der Republik Südafrika dazu benutzen können, um Chemikalien zu produzieren und weltweit zu vermarkten, die unter solchen Arbeitsbedingungen in Deutschland niemals produziert werden könnten. Der daraus resultierende Gewinn schließlich kommt letztlich dem deutschen Konzern zugute.

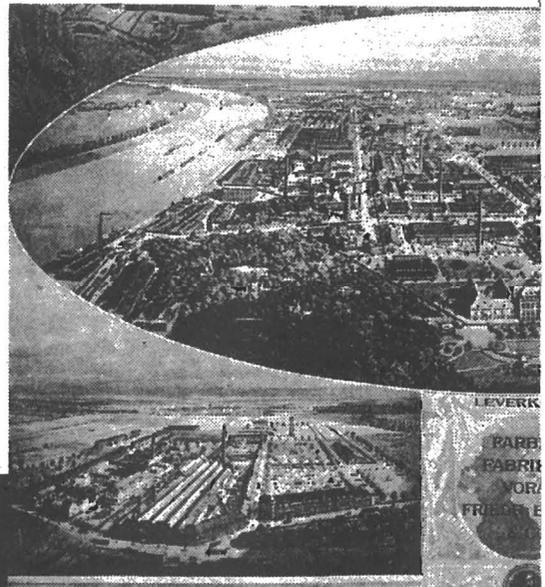
SPENDENAUFTRUF

Um den BAYER-Geschädigten in Südafrika weiter helfen zu können, brauchen wir dringend Ihre Unterstützung. Bitte spenden Sie auf das Kto Nr. 179612 bei der Ökobank /Frankfurt, BLZ 500 901 00. Vielen Dank!

DOKUMENTATION

Südafrika-Doku: 5,-- zzgl. 3,-- Porto (V.-Scheck). CBG Vondelstr. 36, 5000 Köln 1

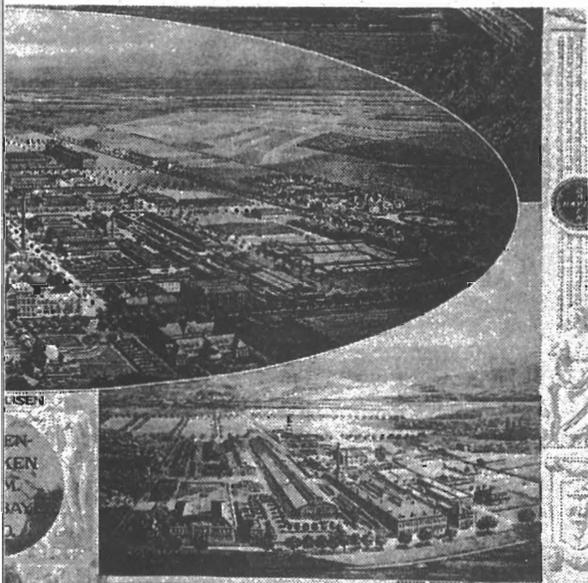
»» Wir
sind auf
Profit
aus.
Das



Reklamebild aus dem Jahre 1911, das bereits damals schon als Zeichen der weltumspannenden Präsenz von BAYER in alle Welt verschickt worden ist.

ist unser Job. «

Der neue BAYER-Vorstands-
vorsitzende Dr. Manfred



Schneider vor
dem Förderve-
rein der Wirt-
schaftswissen-
schaften an der

Technischen Hochschule in
Aachen im Juli 1992.

AKTIV

Unser Mann in Rio

Aus Anlaß der Umwelt-Konferenz (UNCED) in Rio haben wir eine Schrift erstellt, die ein Mitglied der COORDINATION vor Ort verteilt hat. Darin heißt es u. a.: »Wir möchten nicht nur den zunehmend schlechteren Zustand der Umwelt beklagen, sondern Verursacher benennen. ... Alte und neue BAYER-Politik ist es, die strengeren Umwelt- und rigideren Arbeitsschutzaufgaben im Mutterland Deutschland zu umgehen, indem sie menschen- und umweltgefährdende Produktionen in Ländern der Dritten Welt verlegt ...« Das Flugblatt, das auch in englischer Sprache verfaßt worden ist, bitte die Leser, in ihrem eigenen Land nach BAYER Ausschau zu halten und uns mögliche Probleme vor Ort mitzuteilen.

Neben den Gegenveranstaltungen zur UNCED besuchte unser Mann in Brasilien auch das BAYER-Werk in Beford Roxo, das in der Vergangenheit immer wieder durch Massenentlassungen und schlechte Arbeitsbedingungen international in Verruf gekommen war (STICHWORT BAYER berichtete ausführlich). Die KollegInnen vor Ort berichteten ihm sofort von einem gravierenden Unfall (siehe: Rubrik »Unfälle«).

UNSAID

Auf der deutschen Gegenkonferenz zur UNCED in Freiburg (mit dem Namen UNSAID, das Ungesagte) richtete unser Vorstandsmitglied, Axel Köhler-Schnura, ein Forum aus, das sich mit Thesen zur verursacherorientierten Strategie befaßte. Er lernte dort viele AktivistInnen des In- und Auslandes kennen, u. a. eine Gruppe von EngländerInnen, die einen ähnlichen Ansatz wie die COORDINATION hat.

G7-Gegengipfel in München

Die von Polizeiterror begleiteten Massenveranstaltungen gegen das Treffen der Weltbosse haben wir heil überstanden (im Unterschied

zu Jutta Dithfurt, die derart hart traktiert wurde, daß sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte). Unsere Thesen, Broschüren sowie ein großformatiges Transparent haben großen Anklang gefunden. Lediglich die Polizei hat immer wieder versucht, das Transparent zu entwenden. Einzig dem besonnenen Verhalten der Gegendemonstranten, durch Einkesselung, Hochschulzutrittsverbot und massiver Bedrohung durch die Polizei und wahllosen Massenverhaftungen schwer bedrängt, ist es zu verdanken, daß die Situation nicht eskaliert ist. Die breite Beteiligung (ca. 50 Tausend Menschen) war ein ermutigender Anfang.

Vorträge sind gefragt

Die Nachfrage nach unseren Referaten und Vorträgen steigt. So haben wir in der letzten Zeit an den Universitäten von Dortmund, Oldenburg, Düsseldorf, in Brunsbüttel und in Freiburg zu BAYER-relevanten Themen gesprochen. Unsere Palette: Pharma, Tierversuche, Aldasten, Chlorchemie, Brasilien, Südafrika, Peru und vieles mehr. Eine Vortragsliste nennt die genauen Themen. Die Kosten für die Veranstaltungen können in der Geschäftsstelle erfragt werden.

Südafrika-Kampagne der CBG

Flankiert durch einen Bericht im Fernsehmagazin MONITOR sind die Aktivitäten der COORDINATION gegen die verheerenden Zustände bei der südafrikanischen BAYER-Tochter CHROME CHEMICALS noch bekannter geworden (STICHWORT BAYER berichtete ausführlich). Die COORDINATION hat zusammen mit medico international Strafantrag gegen BAYER gestellt (siehe S. 8). Unser Vorstandsmitglied, Marc Pletzer, verfaßte und sprach zudem einen Beitrag für Radio Köln. Er erläuterte dort eine Solidaritätskampagne für die an schweren Krankheiten leidenden KollegInnen in Südafrika. Ein Appell mit Forderungen an den Leverkusener

BAYER-Vorstand wurde in Köln, München und anderen Städten zur Unterschrift ausgelegt. Darin fordern wir Entschädigungen und bessere Arbeitsbedingungen. Die Kampagne dauert noch an. Der Aufruf ist auf der letzten Seite dieses Heftes abgedruckt. Wir bitten herzlich um Ihre Unterschrift. Gleichzeitig bitten wir um Unterstützung unserer Südafrika-Kampagne durch eine Spende.

DRITTE WELT

Rückzug aus Peru Breiter Protest

Der BAYER-Konzern zieht sich aus Peru zurück. Er hat seine 60 %ige Beteiligung an der BAYER INDUSTRIAL SA/ Lima, einem Acrylfaser-Betrieb, an die MITIENWALD SA/Montevideo, Uruguay, verkauft. Die 550 KollegInnen von BAYER INDUSTRIAL erzielten 1991 einen Umsatz von 95 Mio. Mark. Die Acrylfaserkapazität liegt bei 30 Tausend Jahrestonnen. Durch den Verkauf werden vermutlich über 300 KollegInnen entlassen (siehe SWB 2/82 S. 23). Bei der zweiten Tochter, dem Pestizid-Werk BAYER PERU, drohen ebenfalls Entlassungen. Die COORDINATION hatte dagegen mit Schreiben an den BAYER- und IG CHEMIE-Vorstand sowie die Werksleitung vor Ort protestiert. Die Aktion wurde von vielen kirchlichen und politischen Organisationen unterstützt. In den Briefen heißt es: »Zusammen mit den Betroffenen ... verlangen wir den Erhalt der Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Umgestaltung zu einer umweltfreundlichen Produktionsweise und zu unbedenklichen Produkten ...«

HOLZGIFTE

PCP bleibt verboten

Das gefährliche »Holzschutzmittel« PCP, umrühmlich bekannt geworden durch Produkte der ehemaligen BAYER-Tochter DESOWAG MATERIALSCHUTZ, bleibt verboten. Die Bundesrepublik konnte sich gegen den Protest mehrerer EG-Staaten

erfolgreich verteidigen. Die EG-Kommission bestätigte das Verbot, obwohl eine EG-Richtlinie die Verwendung von PCP ab 1. Juli in der Gemeinschaft erlaubt. Damit wird einem EG-Mitglied zum ersten Mal eine Ausnahme bei der Schaffung des Binnenmarktes 1993 eingeräumt. In Frankfurt stehen derzeit Manager der an die SOLVAY-Gruppe verkauften DESOWAG vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten jahrelang PCP-haltige Holzgifte verkauft.

KIRCHE

Kirche vor dem Industrie-Karren

Die evangelische Kirche und der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie haben ein gemeinsames Papier zur Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt vorgelegt, das von vornherein unter der Maßgabe »größtmöglicher Übereinstimmung« entstanden ist. KritikerInnen sehen als Hintergrund dieses infasträchtigen Deals die seit Jahren wachsende Kritik an Geschäftsgebahren der Pharma-Industrie insbesondere auch in Kirchenkreisen.

Das Papier kann angefordert werden bei: BUKO, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1.

PESTIZIDE

Zulassung im Binnenmarkt

Mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes stehen den VerbraucherInnen öftige Zeiten ins Haus. Müssen sie doch damit rechnen, Pflanzengifte, die in Deutschland verboten sind, hinterrücks serviert zu bekommen. Schon heute ist BAYER, einer der größten Pestizid-Produzenten der Welt, im europäischen Ausland tätig. Der Konzern wird, so steht zu befürchten, die noch geringeren Auflagen in anderen EG-Staaten für die Zulassung und den Vertrieb von Pestiziden nutzen, um Genehmigungshemmnissen in Deutschland aus dem Weg zu gehen.

PHARMA

Power für Rezeptfreie

Die Haltung der Deutschen zur Selbstmedikation mit rezeptfreien Mitteln hat sich in den letzten Jahren zugunsten der Hersteller verändert. Behandelten noch 1986 41 % ihre Kopfschmerzen mit dem Griff zu ASPIRIN oder anderen Präparaten selbst, waren es 1990 bereits 55 %. Für andere Indikationsgebiete wie Schnupfen, Husten, Schlafbeschwerden läßt sich ein ähnlicher Trend feststellen. Die Markterweiterung auf die neuen Bundesländer befördert ebenfalls den Aufwärtstrend der Rezeptfreien. BAYER konzentriert sich bei der Selbstmedikation auf vier Bereiche: Schmerz (Produkte: alle ASPIRIN-Varianten, AKTREN), Pilzkrankungen der Haut (CANESTEN), Magen (TALCID, ALKA SELTZER) und Hals (LARYLIN, unlängst von BEIERSDORF erworben). Der Werbeetat für diese Mittel soll allein für Deutschland ca. 15 Millionen Mark, international gesehen sogar 41,3 Millionen Mark umfassen.

Die Kehrseite des blühenden Geschäftes ist die mit der Selbstmedikation verbundene Fehlbehandlungsquote. Der schnelle Griff zur Pille verhindert oft eine kausale, ganzheitliche Therapie.

POLITIK

Anfrage der NRW-GRÜNEN

Die GRÜNEN im NRW-Landtag haben eine große Anfrage zur Chemie-Politik eingebracht, um Wege zu einer Entgiftung der Produktion zu erschließen. Die umweltpolitische Sprecherin der GRÜNEN, Katrin Grüber, zugleich Mitglied der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, fordert eine umfassende Dateneinsicht für alle BürgerInnen, wie dies in der USA seit langer Zeit schon Praxis ist. Katrin Grüber wörtlich: »Wir halten die Offenlegung von Daten für ein sehr wichtiges Steuerungsinstrument der Chemiepolitik.«

Umweltminister Klaus Matthies blockiere eine gründliche Arbeit der Überwachungsbehörden durch seine Weigerung, mehr Personal zur Verfügung zu stellen.

Der BAYER-Konzern ist mit seinen fünf Standorten in NRW einer der größten Umweltverschmutzer in NRW.

RECHT & BILLIG

Namensstreit verloren

Der BAYER-Konzern hat in den USA nicht das Recht, sich »BAYER« zu nennen. Dies bestätigte ein New Yorker Gericht auf Klage der WINTHROP INC., einer Pharma-Gesellschaft, die den Markennamen »BAYER« seit 1918 exklusiv benutzen darf. Durch die Enteignung nach dem ersten Weltkrieg hat der BAYER-Konzern seinen Firmennamen in den USA verloren. BAYER hatte Giftgas für die Generäle erfunden. Heute hat das Unternehmen seine Aktivitäten in den USA unter der MILES CORP. zusammengefaßt.



Behörden unter Betreiberdruck

Kontrollbehörden sind mit der Überwachung von Umweltsündern überfordert. Dieses Fazit ergibt sich aus einem

Forschungsbericht des kriminologischen Seminars der Universität Bonn. Bei der Tätigkeitsanalyse der befragten Behörden fällt auf, daß »der Aufgabenbereich der Genehmigung zusammen mit dem der Sanierung im Vordergrund ... steht. Der Bereich der Überwachung und Sanktionierung fällt demgegenüber deutlich zurück. Damit nimmt der behördliche Aufgabenbereich, der im wesentlichen die Kontrolle von Betreibern beinhaltet, einen weitaus geringeren Teil der behördlichen Arbeitszeit ein, als solche Tätigkeiten (vorwiegend Genehmigung), die unter dem Druck und dem vorrangigen Interesse der Betreiber erledigt werden müssen.«

STANDORTE

Kritik an Bitterfeld- Ansiedlung

Der PDS-Landtagsabgeordnete von Sachsen Anhalt, Volker Lüderitz, hat die BAYER-Ansiedlung in Bitterfeld kritisiert. Das Unternehmen errichte dort ein Werk auf Kosten der Umwelt. Obwohl ein Drittel des Industriegebietes der durch Altlasten besonders verseuchten östlichen Stadt als sofort für die Industrieansiedlung geeignet eingestuft worden sei, baue BAYER auf der »grünen Wiese«. Das neue Werk vernichtet etwa 500 Hektar eines geschützten Gebietes.

UNFÄLLE

Giftiges Gas in Brasilien

Im brasilianischen BAYER-Werk ist es in der Nacht vom 29. auf den 30. Mai zu einem schweren Unfall gekommen, bei dem eine Gaswolke entwichen ist. Während die BAYER-Verantwortlichen eine Gefahr für Mensch und Umwelt ausgeschlossen hatten, befürchteten Betroffene, daß sie giftige Isocyanate eingeatmet haben. Drei Kinder und zwei Frauen mußten gesundheitlich behandelt werden. Sie klagten über Übelkeit, Erbrechen und Atemnot. Eine Frau, die etwa einen Kilome-

ter vom Werk entfernt wohnt, hatte den starken Gestank bereits gerochen, bevor die weiße Giftwolke sich über ihr Haus legte. Empört berichtet sie: »Sie reden so viel über Ökologie. Deshalb sollten sie zuerst daran denken, menschliches Leben zu erhalten.« Herbert Than, der Umweltbeauftragte von BAYER vor Ort, nennt als Ursache eine Vertauschung von Ausgangssubstanzen, die für die Herstellung des Polyurethan-Kunststoffes gemischt werden.

Zwei spanische Fabrikarbeiter- innen gestorben

Yovana Gonzáles, 17 Jahre, und Isabel Miró, 28 Jahre, sind nach einer Meldung der spanischen Tageszeitung EL PAIS vermutlich an BAYER-Gasen gestorben, die sie während der Arbeit einatmeten. Während bei Isabel Miró, die bereits im Februar starb, keine Autopsie durchgeführt worden war, stand nach dem Tod ihrer Arbeitskollegin Yovana im Mai fest, daß ihre tödliche Erkrankung sich am Arbeitsplatz entwickelt hatte. Yovana war einer Lungenerkrankung erlegen, die durch das Einatmen von Giftgasen am völlig unzureichend geschützten Arbeitsplatz der Textilfirma ARDYSTIL in Cocentaine (bei Valencia) ausgelöst wurde. Die ersten Krankheitssymptome - Nasenbluten und ein trockener Husten - traten bei Yovana gleich im ersten Monat der Arbeit auf, mit der sie vor anderthalb Jahren begonnen hatte. Alle weiteren 15 Kolleginnen leiden an ähnlichen Vergiftungssymptomen. Die Giftdämpfe entstanden während des Farbdrukkes. Um welche BAYER-Produkte es sich im einzelnen handelt, war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

WASSER

Rheinpreis für Rheineinleiter

Zum ersten Mal in der Geschichte ist am 21.05.92 der Rheinpreis der »Wassertransportgesellschaft Rhein Niederlande« an einen Rheineinleiter, die BAYER

AG, verliehen worden. Das Unternehmen habe sich »in besonderer Weise um die wirkungsvolle Bekämpfung der Verunreinigung des Rheines Verdient gemacht«, heißt es in der Begründung. Auf dem internationalen Wassertribunal in Rotterdam hatte die COORDINATION vor Jahren bereits die Einleitungen des BAYER-Konzerns angeprangert. Nachdem die Stadt Rotterdam mit einer juristischen Klage gedroht hatte, begann BAYER, die Frachten zu verringern. Dies allerdings auf Kosten der Luft, die heute durch die Verbrennung der Klärschlämme aus der Leverkusener Gemeinschaftskläranlage belastet wird.

BAYER leitet nach eigenen Angaben täglich immer noch 18 Tonnen Stickstoff, 80 Kilogramm Chrom und über 250 Gramm Quecksilber in den Rhein ein.

GREENPEACE- Forderungen zur Gewässerpolitik

In der ausführlichen GREENPEACE-Studie »Der Rhein - kein Vorbild für die Elbe« prangert die Umweltorganisation die Einleiterpraxis in Gewässern an, ohne allerdings die Verursacher konkret beim Namen zu nennen. Die GREENPEACE-Forderungen zur Gewässerpolitik werden von der COORDINATION unterstützt:

»Die Nutzung der Flüsse als billiger Entsorgungsweg ... muß aufhören. Nationale und internationale Flußschutzkommissionen müssen umfassende Sanierungskonzepte vorlegen. ... Die Kommissionen müssen mit Sondervollmachten und finanziellen Mitteln ausgestattet sein, um auch in die Wirtschafts- und Umweltpolitik eingreifen zu können. Kein weiterer Bau von Reinigungsanlagen für industrielles Abwasser. Abkoppeln der industriellen Abwässer von den kommunalen Kläranlagen. (Verbot der Direkteinleitung). Für die Industrie muß ein EG-weites Einleitungsverbot durchgesetzt werden. Rohre mit industriellen Abwässern müssen zurück in den Produktionskreislauf führen, um ihn zu schließen. Für die Über-

Übergangszeit bis zur Umstellung auf abwasserfreie Verfahren müssen Betriebe alle in die Umwelt gelangenden Stoffe bekanntgeben. ... Für die Umweltschäden hat der Verursacher zu haften. Kein Bau von 'Entsorgungsparks', die der zukünftigen Industrie die Beibehaltung umweltunverträglicher Technologien gestattet. Solange Verbrennungs- und Deponiekapazitäten geschaffen werden, wird sich die Industrie nicht ernsthaft um die Vermeidung von Schadstoffen bemühen. Der Umbau der Industrie verzögert sich. Umstellung der industrialisierten Landwirtschaft auf ökologischen Landbau, damit die Einträge von Pestiziden und Nährstoffen in das Flußgebiet gestoppt werden. Die EG-Agrarpolitik muß eine flächendeckende Extensivierung und das Verbot von Pestiziden und Massentierhaltung durchsetzen. ... Die Sanierung der Nordsee kann nur gelingen, wenn die in sie mündenden Flüsse konsequent von allen schädlichen Faktoren befreit werden. ... Kein Ausbau der Flüsse zu Kanälen. Die Schiffe müssen den Flüssen angepaßt werden und nicht die Flüsse den Schiffen.« Die 140-seitige reich bebilderte Studie kann bei GREENPEACE, PF 11 16 51, 2000 Hamburg 11, bestellt werden.

BELEGSCHAFT

BAYER kappt 3000 Stellen

BAYER will 1992 weltweit 3000 Arbeitsplätze abbauen, 1500 davon in Deutschland. Mit der reduzierten Belegschaft soll der Umsatz um vier Prozent gesteigert werden. Zur Jahreswende beschäftigte der Konzern insgesamt 164 200 Menschen, 6800 weniger als ein Jahr zuvor. Die »Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsarbeit« haben anlässlich einer Belegschaftsversammlung bei BAYER Leverkusen erklärt, dieser massive Arbeitsplatzabbau dürfe nicht länger hingenommen werden. Schon jetzt klagten Schichtarbeiter, Handwerker, Laborangestellte und Kaufleute immer lauter

über zunehmenden Stress und Druck am Arbeitsplatz. Die »Durchschaubaren« fordern Betriebsvereinbarungen mit folgenden Punkten:
- soziale Absicherung für MitarbeiterInnen, die von Rationalisierungsmaßnahmen und Betriebsschließungen betroffen sind;
- Recht auf betriebliche Weiterbildung;
- Arbeitsplatzsicherung für ArbeitnehmerInnen mit gesundheitlichen Einschränkungen.

Nach der Lehre arbeitslos

Viele Auszubildende bei BAYER Leverkusen werden nach der Prüfung arbeitslos. Ende April standen 380 Prüflingen lediglich 190 Stellenanforderungen gegenüber, bei 38 von ihnen war schon definitiv klar, daß sie nicht übernommen werden.

Kein Platz für Schwerbehinderte

Die BAYER AG beschäftigt weniger Schwerbeschädigte als das Schwerbehindertengesetz vorschreibt. Statt der gesetzlich festgelegten sechs Prozent bringt es BAYER lediglich auf 4,99 Prozent. Allein bei BAYER Leverkusen bedeutet das 356 fehlende Arbeitsplätze für Schwerbehinderte.

Entlassungen bei MILES

Bei der US-amerikanischen BAYER-Tochter MILES sollen 600 Arbeitsplätze im Bereich Diagnostik abgebaut werden. Die Bereiche Marketing, Verkauf, Produktion und Service sollen allesamt gestrafft werden, verlautete auf der Management-Zentrale von MILES.

Rekord bei Vorschlägen

Einen Rekord beim Eingang von Verbesserungsvorschlägen aus der Belegschaft konnte BAYER für 1991 melden. 7698 Vorschläge, 17,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor, wurden einge-

reicht; davon wurden 2884 prämiert. Die Höhe der ausgeschütteten Prämien lag bei 2,55 Millionen DM. Der Gewinn für BAYER dürfte weitaus höher liegen.

ÖKONOMIE

Wachstum in Japan

Unter den ausländischen Chemiekonzernen in Japan nimmt BAYER inzwischen den ersten Platz ein. Bei den 25 ausländischen Unternehmen, die am besten in diesem fernöstlichen Land Fuß gefaßt haben, liegt BAYER an Platz 22. Theodor K. Heinrichsohn, Chef der BAYER Ltd., der Obergesellschaft der 15 japanischen BAYER-Werke, wertet seinen Bereich als eine »der wichtigsten ausländischen BAYER-Gesellschaften«. Der Gewinn nach Steuern stieg 1991 um 43,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr und lag bei 130 Millionen DM, erwirtschaftet von 3400 Beschäftigten.

Rückgang in den Niederlanden

In den Niederlanden sank der Umsatz im Jahr 1991 geringfügig von 666 auf 649 Millionen Gulden. Eine Ursache liegt darin, daß der Konzern 1991 eine umfassende Umorganisation im Bereich des Benelux-Marktes durchführte.

Schlechtere Ge- schäfte in Italien

In Italien sank der Umsatz 1991 um 2,6 Prozent, der Bruttogewinn sackte um 24 Prozent, während der Einbruch beim Nettogewinn nicht so stark war. Die Verluste in Italien beruhen vor allem auf dem Verkauf der Abteilung Magnetbänder an BASF und auf der Fusion zweier Diagnose-Tochtergesellschaften. Das Pharmageschäft und dabei besonders das Mittel ASPIRIN sorgten dafür, daß die Talfahrt gebremst verlief.

WOLFF zahlt Dividende

Die WOLFF WALSRÖDE AG machte 1991 gute Geschäfte

STICHWORT... SCHLAGLICHTER

und konnte 15,8 Millionen DM Dividende an die Mutter BAYER ausschütten (im Vorjahr 4,8 Millionen). Umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen und die Schließung der Zellglasfolienproduktion mit 220 MitarbeiterInnen ermöglichten das gute Gewinnergebnis. Zum Jahresende 1991 hatte das Unternehmen 3161 Beschäftigte gegenüber 3213 im Vorjahr. Bei WOLFF werden Folien, Kunststoffdärme und Produkte der Cellulose-Chemie hergestellt.

DRITTE WELT

BAYER verseucht in Mexiko

Der Firma Lecheria in Mexiko, an der BAYER beteiligt ist, werfen Umweltschützer vor, die Umwelt mit Asbest zu verseuchen. Außerdem seien die Arbeiter bei der Produktion - es werden Chromate hergestellt - Giften ausgesetzt, die eine Durchlöcherung der Nasenscheidewand bewirken.

BAYER-Pestizide für Blumen in Kolumbien

Die Organisationen, die die »Blumeninformationskampagne« tragen, setzen ihre Arbeit in diesem Jahr fort. Sie weisen auf die sozialen und ökologischen Folgen der Schnittblumenproduktion in Ländern der Dritten Welt hin - besonders auf die Folgen des unsachgemäßen Einsatzes von Pestiziden. In diesem Zusammenhang fordern die Organisatoren die Firma BAYER auf, die Pestizide »Metasystox R 250« und »Tameron« vom kolumbianischen Markt zu nehmen. Diese beiden Gifte werden von der Weltgesundheitsorganisation WHO als extrem gefährlich eingestuft. Eine sichere Anwendung im Rahmen der Gebrauchsanleitung ist in Kolumbien nicht gewährleistet. Laut FAO-Kodex, zu dem sich die chemische Industrie verpflichtet hat »im Bewußtsein für die besondere Verantwortung für das Inverkehrbringen und die Anwendung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in der Dritten Welt«, müßte

BAYER die Gifte zurückziehen.

PROZESS

Die Niederlage schmerzt

BAYER kann seine Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN offenkundig nicht verwinden. Konzernvertreter nutzen jede Gelegenheit zur Klage. Zum Beispiel auch gegenüber einer Delegation von DPRG-Mitgliedern, die das Pflanzen»schutz«zentrum in Monheim besichtigten. In dem Bericht über den Besuch heißt es: »Unverständnis und Betroffenheit rief ein von den Teilnehmern eifrig diskutierter Beschluß des Bundesverfassungsgerichts hervor, in dem ehrenrührige Behauptungen einer Bürgerinitiative vom Grundrecht der Meinungsfreiheit geschützt werden, wenn sie sich auf unwiderrufene Presseberichte stützen können. Damit sind nach Ansicht der BAYER AG der Verleumdung Tor und Tür geöffnet.«

ALTLASTEN

Park über Chemie-Müll

Auf der Altlast Döhnnaue im Leverkusener Stadtteil Wiesdorf, derzeit teilweise mit Betretungsverbot für die Bevölkerung belegt, soll ausgerechnet ein Park entstehen. Zu diesem Zweck wird ab Herbst diesen Jahres, wenn alle Bewohner des Stadtteils umgesiedelt sind, eine 60 Zentimeter starke Isolierschicht auf die Chemie-Müll-Lagerstätte gehäuft werden. Darüber wird noch einmal zur Abdichtung eine Kunststoffbahn aufgetragen, auf die dann Mutterboden aufgeschüttet wird. Über seinerzeit von Ex-Werksleiter Dr. Rosahl öffentlich versprochene Spundwände, die das Grundwasser vor dem Gift aus der Kippe schützen sollen, wird noch immer debattiert. Eine umfassende vertikale und horizontale Abdichtung der Altlast wird aber immer unwahrscheinlicher. Marianne Hürten, oppositionelle BAYER-Betriebsrätin und GRÜNEN-

MdL spricht von einem »Spazierstockmodell« von BAYER, das mit der umfassenden Abdichtung, sog. »Topfmodell«, wie von den GRÜNEN gefordert, nichts mehr zu tun hat. Die Sparsanierung ala BAYER und Stadt soll in fünf Jahren abgeschlossen sein. Einen Großteil der veranschlagten Kosten will angeblich BAYER als Verursacher tragen; einen Teilbetrag übernimmt allerdings auch die Stadt Leverkusen, die der Umweltgefährdung bisher mit großem Langmut begegnet ist. Die Grünen und der FDP-Abgeordnete Kuhl hatten in diesem Jahr das Thema in den Landtag eingebracht und der Stadt Leverkusen Handlungsunfähigkeit vorgeworfen. Ein im Juni gestellter Antrag auf Beendigung des »Fortsetzungs-dramas Döhnnaue« wurde von der SPD-Fraktion mit einem Änderungsantrag abgeschmettert.

Schule in Wiesdorf wird verlegt

Die Ganztags Hauptschule Adolfstraße, die unmittelbar neben der Altlast Döhnnaue liegt, wird mit Beginn des neuen Schuljahres verlegt. In den vergangenen 15 Jahren waren 15 Menschen aus der Schule an Krebs erkrankt; fünf sind bereits verstorben. Die Krebsrate an der Schule liegt drei- bis viermal höher als der statistische Durchschnitt. Der Kölner Staatsanwaltschaft ermittelt seit Jahresbeginn wegen Gesundheits- und Körperverletzung gegen Unbekannt.

RÜSTUNG

BAYER rüstete für Südafrika

BAYER und die BAYER-Tochter HC STARCK waren Mitte der achtziger Jahre in südafrikanische Rüstungsgeschäfte verwickelt. Das enthüllt die britische Zeitung THE WEEKLY MAIL. Zum Beispiel importierte die südafrikanische BAYER-Tochter waffenfähiges Material, das für die Raketenproduktion von ARMSCOR'S SOMCHEM gebraucht wurde. H.C.STARCK taucht in einer Liste von Exporteuren auf, die

Ausrüstungen, Chemikalien und Technologie für Südafrikas Rüstungsindustrie lieferten.

Kriegsabgabe in Marokko?

Zahlte BAYER - wie andere deutsche Unternehmungen mit Niederlassung in Marokko - eine Kriegsabgabe in Höhe von zehn Prozent der Körperschaftssteuer an den dortigen König? Mit dem Geld aus diesem Aufkommen finanziert die marokkanische Regierung den Krieg gegen die Bevölkerung der West-Sahara. Die Fraktion von Bündnis 90 brachte eine entsprechende Anfrage im Bundestag ein.

STANDORTE

Bitterfeld: Ansiedlung perfekt

Der Ansiedlungsvertrag zwischen BAYER und der Gemeinde Greppin ist perfekt: BAYER baut in Bitterfeld. BAYER läßt die öffentliche Hand diesen Bau einiges Kosten. Das Land Sachsen-Anhalt übernimmt 23 Prozent von den 645 Millionen DM Investitionen. Hinzu kommen Steuervorteile des Bundes. Außerdem verlangt BAYER vom Land und der Gemeinde den Bau einer Kläranlage. Friedrich Heilmann von den GRÜNEN kritisierte außerdem, daß BAYER direkt neben einem Landschaftsschutzgebiet baut und so zur weiteren Zerstörung der Bitterfelder Umwelt beiträgt.

AGFA in Gera

Erfolgreich entwickelt sich die BAYER-Tochter AGFA-LABORGERÄTE GmbH in Gera. Seit März 1991 werden dort High-Tech-Geräte für Foto-Fachlabors produziert. Das Werk in Gera war das erste BAYER-Standbein in den neuen Bundesländern. Die Zahl der MitarbeiterInnen stieg von 90 auf 120; 150 ist die angepeilte Endzahl.



BAYER muß haftbar gemacht werden

Konzernleitung will sich aus der Affäre ziehen

In Frankfurt am Main läuft in diesen Tagen das bislang größte Umweltstrafverfahren in der Bundesrepublik, der »Holzschutzmittel«-Prozeß. Angeklagt sind zwei ehemalige Manager der Firma DESOWAG, an der die BAYER AG pikanterweise bis 1987 mit 37% beteiligt war.

Damals, so kann man vermuten, wurde die Angelegenheit den BAYER-Bossen aufgrund der Proteste aus der Bevölkerung und der erwarteten Schadensersatzprozesse zu heiß, sie verkauften an die SOLVAY AG. Die Schäden, die durch die Pentachlorphenol- (PCP) und Lindan-haltigen Produkte, unter den Namen XYLADECOR und XYLAMON verkauft, entstanden sind, wurden von der Frankfurter Staatsanwaltschaft in jahrelanger Arbeit dokumentiert. Insgesamt 2.300 Anzeigen Holzgiftgeschädigter liegen vor. Am Beispiel von 59 Familien wird nun verhandelt.

Wer in diesen Tagen die Presse verfolgt, stößt immer wieder auf aktuelle Berichte vom Holzgiftprozeß: Von weinenden Zeu-

gen ist die Rede, verlassenen Häusern, die nur noch als Sondermüll entsorgt werden können.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß es beinahe garnicht zum Prozeß gekommen wäre (SWB berichtete mehrfach). Das Landgericht Frankfurt hatte im Juli 1990 trotz des erdrückenden Beweismaterials die Eröffnung eines Strafverfahrens abgelehnt. Die Staatsanwaltschaft und die Anwälte der Geschädigten erreichten vor dem Oberlandesgericht erst im Dezember 91 die Wende, das Verfahren wurde am 1. Juni 92 eröffnet.

Im Mittelpunkt steht seitdem die Frage, ob die Gesundheitsschäden der Betroffenen zweifelsfrei auf die Wirkung der »Holzschutzmittel« zurückgeführt werden können und ob die Manager die Produkte im Wissen um die Folgen weiterhin vertrieben haben. Medizinische Gutachten kamen und kommen immer wieder zu unterschiedlichen Ergebnissen. So gibt es bis heute weltweit keine wissenschaftliche Arbeit, die alle Zusammenhänge bis ins letzte Detail darstellt. Wie STICHWORT BAYER bereits 1990 (SWB 3/90, S. 15)

berichtete, hatte die DESOWAG / BAYER-HOLZSCHUTZ GmbH sich eifrig bemüht, prozeßrelevante Gutachter in - wie die Frankfurter Staatsanwaltschaft es damals ausdrückte - »rigoroser Weise zum eigenen Vorteil zu beeinflussen«. So gelang es schließlich gar, den damaligen Präsidenten der 'Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin', Prof. Gerhard Lehnert, neben weiteren Koryphäen unter Vertrag zu nehmen.

Die INTERESSENSGEMEINSCHAFT DER HOLZSCHUTZMITTELGESCHÄDIGTEN (IHG) zählt die gefährlichsten Inhaltsstoffe auf: »Holzschutzmittel enthielten bis in die 80er Jahre das Pilzgift Pentachlorphenol (PCP) und enthalten bis heute noch das Insektengift Lindan. Beide Wirkstoffe enthalten produktionsbedingte sogenannte 'Verunreinigungen', durch zahlreiche chlorierte Phenole, polychlorierte Dibenzo-p-Dioxine (PCDD) und Furane (PCDF). Als gefährlich erweisen sich auch die in den heutigen Mitteln eingesetzten Wirkstoffe wie z. B. Carbamate, Chlorthalonil (Verdacht auf

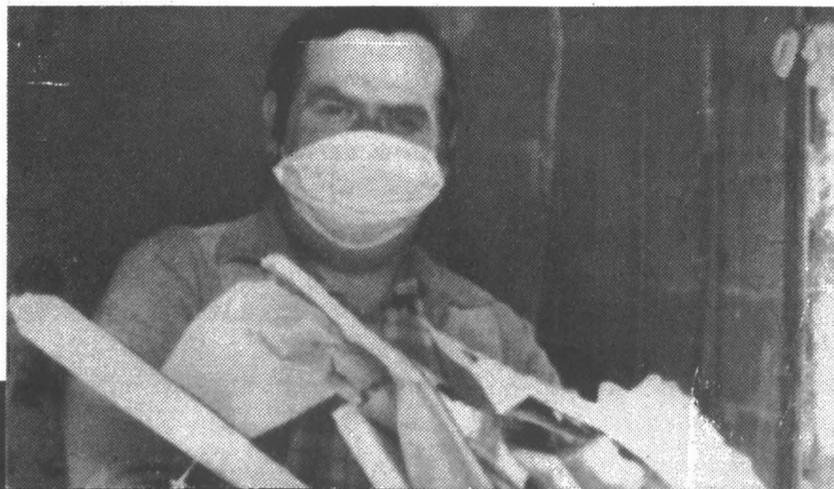
**STICHWORT...
HOLZGIFTE**

krebserregende Wirkung), Dichlofluamid, Furmecacloz (krebserregend) und synthetische Pyrethroide.«

Behandeltes Holz gibt noch nach Jahren giftige Dioxine frei, die meist nicht zu typischen Symptomen, sondern vor allem zu einer allgemeinen Abwehrschwäche führen. Die IHG hat unter anderen folgende Auswirkungen dokumentiert: »Augenbrennen, Schwellungen, Magen-Darm-Beschwerden, Fieberschübe, chronische Bronchitis, Allergien, Chloarakne, Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen, Aggressivität, Schlafstörungen. Dazu kommen Krebserkrankungen, Leukämie und Mißbildungen bei Kindern sowie Fehlgeburten.«

Die verheerenden Auswirkungen der Holzgifte auf Umwelt und Gesundheit waren dem BAYER-Vorstand frühzeitig bekannt. Spätestens am 27.06.1984 hätten Vorstand und Aufsichtsrat sie

zur Kenntnis nehmen müssen. An jenem Tag nämlich sprach Helga Zapke, Sprecherin der IHG, als kritische Aktionärin auf der BAYER-Hauptversammlung. Ihre sachliche Argumentation sollte später vom damaligen Leiter der Marketingabteilung, Herrn Hennecke, als »einseitige und demagogische Indoktrination der Bevölkerung von der Nordsee bis zu den Alpen« diskreditiert werden. Dies entmutigte die ausdauernde Helga Zapke nicht, im folgenden Jahr, 1985 also, erneut vor die Aktionärsversammlung zu treten, um vor den Holzgiften zu warnen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert eine umfassende Entschädigung aller Opfer und deren Familien durch den BAYER-Konzern. Ex-Vorstandschef Hermann Josef Strenger sowie der frühere Leiter des Aufsichtsrates, Prof. Herbert Grünewald, sollen persönlich zur Verantwortung gezogen werden. mp



HEIT Raufs aus Kevelaer kann sein Haus nur noch mit Atemschutz betreten. Helga Zapke, ein weiteres Holzgift-Opfer, hatte den BAYER-Vorstand bereits 1984 vor den Folgen der Materialschutz-Produkte gewarnt.

TERRE DES FEMMES



Frauen werden überall auf der Welt in ihren Menschenrechten verletzt:
um ihre Freiheit durch Vorurteile, Tabus, Schleiern und die guten Sitten
um die Entwicklung durch Benachteiligung in Ausbildung und Beruf
um ihre Individualität durch Erziehung zur Unmündigkeit und Unterwerfung
um ihre körperliche Integrität durch die Verstümmelung der Geschlechtsorgane
um ihre Würde durch die Darstellungen in den Medien
Wir arbeiten daran, Sie zu unterstützen. Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft.
Postfach 105 10 60 - 204
BLZ 200 100 20
Spenden sind steuerlich absetzbar
Nähere Informationen bei:

TERRE DES FEMMES e.V.,
Menschenrechte für die Frau
Postf. 2551, 7400 Tübingen
Telefon 070 71/ 242 89

Unsere Themen im Juni 1992:
• Geschichte der Auswandererhäfen
• Bremens Hafenausbaupläne • Rio-Gipfel
• Schwarze Flecken im Watt • „Europipe“
und kein Ende • Serie: Arbeit an Bord (2)
• Krauses Verkehrswegeplanung
Nächstes Heft: Ende September 1992

Waterkant
Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion
Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee e. V.

Ein Probeheft
gibts für 2,- DM (in Briefmarken)
Jahresabo (4 Hefte)
24,- DM inkl.



Aktionskonferenz Nordsee e.V.
Kreuzstraße 61
2800 Bremen 1
Tel.: 04 21 / 776 75
Fax: 04 21 / 789 31

Redaktion Waterkant
c/o Burkhard Ilischner
Offenwardener Str. 6
2856 Sandstedt
Redaktions-Fax:
04702/1090

Zwischen Strafe und Entschädigung

Beim Frankfurter Holzgiftprozeß treten die betroffenen ZeugInnen zugleich als Nebenkläger auf. Sie werden von 5 Anwälten vertreten. **STICHWORT BAYER (SWB)** sprach mit einem von ihnen, dem Kölner Rechtsanwalt Dieter Kublitz.

SWB: Im Jahr 1969 hat eine Frau vor dem Koblenzer Oberlandesgericht geklagt, weil sie durch Holzschutzmittel krank geworden ist. Fußt Ihre Argumentation heute auf dem damaligen Prozeß?

Kublitz: Das Gericht hat damals festgestellt, daß die Mittel der Firma DESOWAG gesundheitsschädlich sind und das Unternehmen verurteilt. Beide Prozesse hängen jedoch formal nicht zusammen, wohl aber inhaltlich, weil ein wichtiges Argument durch den alten Prozeß widerlegt wird. Die jetzt angeklagten Manager behaupten, sie hätten frühestens ab 1977 wissen können, daß eine Gesundheitsgefährdung von ihren Produkten ausgeht. Diese Behauptung ist falsch, denn mindestens einer der jetzt Angeklagten war an dem Koblenzer Verfahren beteiligt.

SWB: Gibt es eine fundierte wissenschaftliche

Arbeit über die Wirkung der Holzschutzmittel, die Ihre Argumentation stützt?

Kublitz: Man hat heute kaum noch Zweifel, daß PCP und Lindan zu Gesundheitsschäden führen. Nur wie diese Gesundheitsschäden im einzelnen im Körper verursacht werden, ist noch nicht bis ins letzte Detail ausgeforscht. Allerdings ist dies für eine strafrechtliche Verurteilung nicht erforderlich, wenn andere Entstehungsursachen der Erkrankungen ausgeschlossen werden können. Ich bin zuversichtlich, daß dieser Nachweis geführt werden kann.

SWB: Warum wirken die Holzschutzmittel so unterschiedlich bei den verschiedenen Betroffenen?

Kublitz: Die ausgasenden Dioxine haben nach heutigem Kenntnisstand neurotoxische Wirkung, das heißt, sie wirken auf das zentrale und das vegetative Nervensystem. Wichtige Steuerungsmechanismen im menschlichen Körper werden geschädigt. Das löst sehr unterschiedliche Krankheitssymptome aus, die zusammengenommen das typische Bild des Holzschutzmittelsyndroms ausmachen.

SWB: Der Staatsanwaltschaft Frankfurt sind

über 3.000 Fälle bekannt geworden. Warum sind nur die Fälle von 59 Familien angeklagt?

Kublitz: Das hängt vor allem mit den Kosten zusammen. Allein die gründliche Untersuchung eines Hauses mit Hilfe von Raumluftmessungen, Hausstaubanalysen, Materialproben und die medizinischen Untersuchungen können mehrere 10.000 DM pro Familie kosten. Deshalb führte die

DOKUMENTATION

Zum Holzgift-Skandal ist eine umfangreiche Dokumentation erhältlich. Inklusive einer Rede von Helga Zapke auf der BAYER-HV 1985. 10,- zzgl 3,- Porto (V.-Scheck). CBG, Vondelstr. 36, 5000 Köln 1.

Staatsanwaltschaft in der Klageschrift 59 geschädigte Familien auf. Zudem gibt es für derartige Fälle eine zehnjährige Verfolgungsverjährung, das heißt, es muß innerhalb von 10 Jahren nach Auftreten der Erkrankung ein Urteil gesprochen sein. Durch diese Vorschrift hat sich die Zahl der Zeugen weiter reduziert.

SWB: In dem Fall, daß sie den Prozeß gewinnen, würde das wohl eine Prozeßlawine zur Folge haben, bei der es um Entschädi-

gungszahlungen geht.

Kublitz: Wenn es zu einer Verurteilung kommt, dann bedeutet dies die Fortsetzung einer großen Zahl von Zivilprozessen, die zur Zeitausgesetzt sind. Es gibt zwar wiederum keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der strafrechtlichen Verurteilung und den zivilrechtlichen Schadensersatzansprüchen. Aber in den entscheidenden Punkten würde die Beweisführung in den Zivilprozessen wesentlich erleichtert werden.

SWB: Neben dem Interesse der Staatsanwaltschaft, jemanden zu bestrafen, und dem Entschädigungsinteresse der Betroffenen gibt es auch eine politische Dimension. Wie schätzen Sie und die beteiligten Organisationen, also die Interessensgemeinschaft der Holzschutzmittelgeschädigten und die Verbraucherinitiative in Bonn, diese politische Komponente ein?

Kublitz: Nach unserer Ansicht ist es nicht richtig, daß die Frage der Entschädigung nur als individuelles Problem behandelt wird. Das Prozeßkostenrisiko eines einzelnen Geschädigten ist erheblich, es kann in einzelnen Fällen mehrere hunderttausend Mark betragen. Es ist daher an der Zeit, über eine Entschädigungslösung nachzudenken, an der die Bundesregierung, die großen Konzerne, der Verband der che-

mischen Industrie und die Verbraucher- und Geschädigtenorganisationen mitwirken. In anderen Ländern, insbesondere in Japan, gibt es bereits Beispiele für derartige Fondslösungen, aus denen wir lernen könnten. Allerdings sollte ein Fond nicht auf die PCP- und Lindan-Frage beschränkt sein, sondern alle hochtoxischen Stoffe umfassen, also beispielsweise auch das PCB und das Formaldehyd. Es sollte nicht soviel Geld in die Prozesse und die Justiz gelenkt werden. Stattdessen sollte mehr auf dem direkten Wege fließen von denen, die an den Produkten verdient haben, zu denen, die unter diesen Produkten leiden.

SWB: Geht es in Frankfurt ausschließlich um die DESOWAG?

Kublitz: Ja, man muß allerdings dazu anmerken, daß die Staatsanwaltschaft in Frankfurt zunächst gegen mehrere Herstellerfirmen ermittelt hat. Die Anklageschrift bezieht sich daher sowohl auf verantwortliche Mitarbeiter der DESOWAG, als auch auf einen Mitarbeiter der Firma SADOLIN. Dieses Verfahren wurde vom Oberlandesgericht Frankfurt aber abgetrennt und wird voraussichtlich nach Beendigung des DESOWAG-Prozesses vor einem anderen Gericht stattfinden.

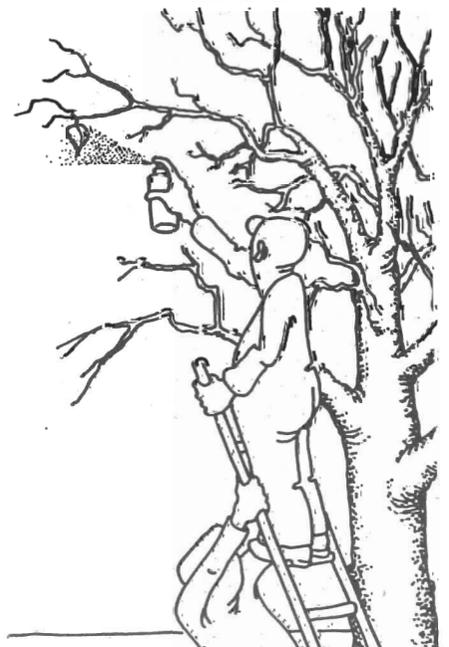
SWB: In der Presse ist die Rede davon, daß es

sich um den größten Umweltstraßprozeß in der Geschichte der Bundesrepublik handelt. Hat es vom Thema her nicht eher mit der Frage der Produkthaftung zu tun?

Kublitz: Es hat mit Produkthaftung zu tun, auch wenn es sich bei diesem Thema um Neuland handelt. Die Produkthaftung ist ein Begriff aus dem Zivilrecht. Im Rahmen des laufenden Holzschutzmittelverfahrens wird geprüft werden müssen, in welchem Maße die zivilrechtliche Rechtsprechung zum Produkthaftungsrecht auch auf das Strafrecht übertragen werden kann. mp

CBG-FORDERUNG

Umfassende Entschädigung aller Opfer sowie deren Familien durch den BAYER-Konzern und andere Holzgift-Vertreiber.



Für sichere Arbeitsplätze bei BAYER/Südafrika

Bei der BAYER-Tochter in Südafrika sind schwerwiegende arbeitsbedingte Krankheiten und gravierende Umweltbelastungen bekannt geworden.

34 % der Arbeiter leiden an Nasenscheidewand-Perforationen. Viele haben Asthma und Nasenbluten. Ein hoher Prozentsatz der ehemaligen Arbeiter ist bisher an Lungenkrebs gestorben.

Bei der BAYER-Tochter CHROME CHEMICALS in Durban werden Chromate bzw. Chromverbindun-

gen produziert. Der größte Teil der Produktion wurde 1991 stillgelegt. Heute arbeiten noch rund 45 Beschäftigte in dem Werk. Es ist anzunehmen, daß die meisten der entlassenen Arbeiter schwerkrank in ihre Homelands zurückkehrten und dort ohne jegliche medizinische Versorgung dahinvegetieren. Bisher wurde kein Arbeiter oder die Familienangehörigen verstorbener Arbeiter entschädigt.

Der Giftmüll aus der Chromproduktion ist ein-

fach in den angrenzenden Kanal geleitet worden, sodaß das Werksgelände und die Umgebung mit gefährlichen Chromverbindungen höchstwahrscheinlich verseucht ist.

Wir stellen folgende Forderungen an den BAYER-Vorstand:

1. Übernehmen Sie Verantwortung für die entstandenen Gesundheitsschäden.
2. Gründen Sie einen Fonds. Mit diesem Geld sollen die ehemaligen Arbeiter aufgespürt und die medizinische Versorgung sichergestellt werden. Die Arbeiter oder die Familienangehörigen verstorbener Arbeiter müssen angemessen entschädigt werden.
3. Arbeits- und Umweltschutzstandards in Südafrika wie sie auch in der BRD gelten.
4. Von einer unabhängigen Kommission soll eine Studie über den Zustand des Werksgeländes und der Umgebung erstellt werden. Die Empfehlungen zur Sanierung des Gebietes müssen unverzüglich umgesetzt werden.

UnterstützerInnen dieser Forderungen sind: CBG, medico international, Anti-Apartheidbewegung Lokalgruppe Köln sowie das Kölner Südafrika-Komitee.

Ja, ich unterstütze den Aufruf für sichere Arbeitsplätze bei BAYER in Südafrika durch meine Unterschrift.

Name, Vorname	Adresse, Telefon	Unterschrift
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----